

Von ersten medizinalischen Autoritäten geprüft, alszeitig empfohlen zur Behandlung der Kopfhaut von Schuppen, Schuppen, sowie zur Verhütung von Haarausfall ist das geruchlose

UHL
(Haarwasser). Flasche 1.50 M. z. h. bei Herm.
Bach, Altmarkt 5, sowie in Apotheken, bess.
Drogen- u. Parfümeriegeschäften.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang.

Federleichte Saccos.

Grösste Auswahl, billigste Preise.

Schlafrock - Meyer, Frauenstrasse 7.

Dresden, 1895.

Damen-Kragen und Jacketstoffe

in guten Qualitäten.

Einzel-Verkauf:

Schreibergasse 2

J. Unbescheid & Söhne.

**Aut Optimum
aut nihil!**
Schlick & Hinkelmann
Amalienstrasse 12.



Dresden, Seestr. 5. Berlin, Breslau, Hamburg, Leipzig, München.

Billig, reell, zweifältig, schick. Ankauf, Erfindungen.

Dr. J. Schanz & Co.

Patente

Sommerloedenjoppen von 8 Mk., Havelocks von 14 Mk., Hohenzollernmäntel von 19 Mk. an,

grösste Auswahl am Platze in Lederbekleidung, empfiehlt **Jos. Fiecht** aus Tirol, Schloss-Strasse 23, neben dem Königl. Schloss.

Nr. 129. Syiegel: Universitäten u Sozialdemokratie. Hofnachrichten, Rosy-Bürofahrt, Jugendliche Verbrecher, Carolaer-Schänke, Pfeide-Ausstellung, Gemeindescheine, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschehnisse, Volkszeitung.

Politisch.

Die schier endlosen Erörterungen über die Umsturzpartei haben wenigstens das eine Gute gehabt, daß sie das in der Capri-Ära fast verloren gegangene Bewußtsein von der Gemeinschaftlichkeit der Sozialdemokratie wieder in der öffentlichen Meinung geweckt haben. In weit stärkerem Maße war das freilich erzielt worden, wenn von vornherein zur Eindämmung der Umsturzpropaganda der Weg der Annahmegegertigung gewählt und damit die Bebel-Singer'sche Partei offen und nachdrücklich als eine Bewegung gebündigt worden wäre, der von Staatswegen die Existenzberechtigung abkannt und die daher mit aller Entschiedenheit bekämpft werden muß. Wie sehr seit dem Fortschreiten des Bismarck'schen Sozialstengesetzes das Bewußtsein verdunkelt worden war, daß jeder Anhänger der Sozialdemokratie ein ausgesprochener Feind der bestehenden Ordnung ist, hatte der Fall Atoms bewiesen. Der jüdische Millionär Atoms, der aus seiner Angehörigkeit zur Sozialdemokratie sein Gehalt macht, in deren Rasse regelmässig seine Beiträge absteckt und öffentlich für den revolutionären Gedanken agitirt, nicht seit Jahren als Privatdozent an der Berliner Universität. Dem preussischen Kultusminister schien es mit dem Charakter der Universität als einem staatlichen Institut unvereinbar zu sein, daß ihr ein notorischer Sozialdemokrat in der Eigenschaft eines Lehrers angehört. Er hatte sich daher im vorigen Jahre mit einer Vorstellung an die philosophische Fakultät, deren Mitglied Leo Atoms ist, gewendet, um ein Eintheilung gegen denselben herbeizuführen. Der Antrag der Fakultät hatte eine ablehnende Antwort erhalten; er hatte erklärt, daß er von einem Eingriff in die Lehrfreiheit des Privatdozenten absehen müsse, da für die Fakultät lediglich die wissenschaftliche Verbesserung der Maßstab für die Zulassung sei und da die sozialdemokratische Gestaltung eines Universitätslehrers um so weniger der Gegenstand von Erwägungen sein dürfte, als die Regierung die Sozialdemokratie für eine gleichberechtigte politische Partei ansieht und mit ihr politiziert.

Der preussische Kultusminister hat sich ehrlicherweise mit diesem Bescheide nicht zufrieden stellen lassen. Die Aktion gegen die Umsturzbestrebungen ist mit bloßen Repressionsmaßregeln nicht erlööst; wenn diese eine wirkliche Handhabe gegen das Fortschreiten der revolutionären Agitationen bieten sollen, so muß die Regierung gleichzeitig bemüht sein, die Quellen zu verstopfen, aus denen den Umsturz fortgelebt neue Nahrung zulebt. Eine dicker gefährlichsten Quellen ist die Pflege und das Umschreiten des Umsturzgedankens auf unseren Universitäten, in den Kreisen der Studentenschaft wie unter den akademischen Lehrern. Der Fall Atoms sieht heute keinesfalls vereinzelt da; in romanischen und slavischen Ländern ist seit Jahren der sozialdemokratische oder anarchistische Professor und Dozent keine Seltenheit mehr und so mancher deutsche Universitätslehrer läßt sich nämlich machen, der bewußt oder unbewußt unter dem Deckblatt der "freien Wissenschaft" den Tendenzen des Umsturzes Vorwurf geleistet hat. Die Folgen davon sind sichtbar in der Thatlichkeit, daß die Sozialdemokratie auch in studentischen Kreisen bereits einen leichten Sturm von agitatorisch thätigen Gefüngnisgenossen aufzuweisen hat. Aber selbst wenn der Fall Atoms der einzige seiner Art wäre, würde es Zeit sein, Vorlesungen zu treffen, daß das Rathaus unserer Hochschulen niemals von Männern besucht werden kann, die sich zur Umsturzpartei bekennen und als Anhänger derselben von der akademischen Jugend gewissermaßen anerkannt und respektiert werden müssen, so lange der Staat sie duldet und seine Regierung zeigt, gegen sie einzuschreiten. Der preussische Kultusminister scheint zu der Überzeugung gelangt zu sein, daß die Universitäten, welche die geistigen Leibregimenter der Hohen Zollern darstellen sollen, unter allen Umständen vor der sozialrevolutionären Propaganda geschützt werden müssen, daß vor Allem der Lehrkörper der Hochschulen vor dem Eindringen sozialdemokratischer Elemente zu bewahren ist. Diese Überzeugung ist der Auschluss der gesunden Erkenntnis, von der Gefährlichkeit des manchescherlichen Receptes, nach dem sich der Staat jedes Eingriffes in das öffentliche Leben enthalten soll, weil dieses sich selbst regelst und am besten gedeilt, wenn seine Entwicklung völlig unbehindert bleibt und aller Schranken und Fesseln enthebt. Darnach könnte man die Sozialdemokratie nicht erfolgreicher bekämpfen, als wenn man sie frei schalten und walten läßt, wenn man ihr demzufolge auch gestattet, daß sie ihren Einfluss auf die Schulen niedersetzt und höherer Ordnung geltend zu machen sucht.

Kultusminister Dr. Bosse scheint, wie gesagt, anderer Ansicht zu sein. Aus Anlaß des Falles Atoms suchte er von Neuen die Frage zur Lösung zu bringen, ob es einem Universitätslehrer erlaubt sein soll, als Mitglied der Sozialdemokratie in deren Versammlungen agitatorisch hervorzutreten. Diese Frage ist jetzt zur Beantwortung der philosophischen Fakultät der Berliner Universität vorgelegt worden, weil diese die zunächst in Betracht kommende Tischnklubhälfte ist. Sobald diese sich geäußert hat, wird noch einer halbamtlichen Mitteilung des Unterrichtsministers die endgültige Entscheidung treten. Gegenwärtig besitzen die Privatdozenten nicht den Charakter von Staatsbeamten und es ist zweifelhaft, inwieweit sich das Aufsichtsrecht des Unterrichtsministers auch auf diese Klasse der Universitätslehrer erstreckt, ob er insbesondere befugt ist, eigenmächtig ohne Einverständnis mit der Fakultät über die Entlassung der Privatdozenten zu entscheiden. Nach den Statuten der Universität Berlin steht die Aufsicht über die Privatdozenten der Fakultät zu. Glaubt diese, daß ein Privat-

Bermuthliche Witterung: **Donnerstag, 9. Mai.**

Hölzer, Niederholz.

Witterung: **Donnerstag, 9. Mai.**

Witterung: **Donnerstag, 9. Mai.**